

Pascal Meiser

- (A) haben ja einige zitiert – umtreiben. Mir stellt sich schon die Frage, wie Sie sich das eigentlich genau vorstellen. Wer soll die Schwellenwerte in den Betrieben kontrollieren? Was machen wir mit Betrieben, wo es keinen Betriebsrat gibt? Wie soll das dort geregelt werden? Das sind doch komplizierte Details, und aus unserer Sicht – wir können uns das nicht vorstellen – gibt es nur halbseidene Regelungen. Warum haben Sie nicht den Mut, die sachgrundlose Befristung komplett abzuschaffen? Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei der LINKEN)

Bernd Rützel (SPD):

Erstens, lieber Kollege, bin ich Ihnen für diese Frage sehr dankbar; denn sie eröffnet mir die Gelegenheit, noch einmal zu betonen, dass wir wahrscheinlich viel mehr hätten machen können in der letzten Legislatur. Aber eine Regierung braucht Verlässlichkeit; das gilt für beide Seiten. Wenn man sich verabredet, zu regieren, dann hält man auch zusammen. Jeden Tag eine andere Mehrheit in diesem Hause zu suchen, bringt keine Kontinuität. Das wissen Sie – das haben Sie in die Frage hineingelegt –; darüber haben wir schon oft gesprochen.

Zweitens. Wir lassen niemanden im Regen stehen. Wir verbessern konkret das Leben vieler Menschen in Deutschland, nicht nur in diesem Bereich, auch in vielen anderen Bereichen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wenn wir etwas verbessern, dann ist das auf jeden Fall besser, als nichts zu tun und niemandem zu helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Von daher will ich noch einmal betonen, dass durch die Vereinbarung eine deutliche Verbesserung eintritt. Ich hoffe, dass wir das, was wir in unseren Koalitionsverhandlungen vereinbart haben, bald in Regierungsverantwortung zum Wohle von mindestens 400 000 Beschäftigten umsetzen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Danke. – Als nächsten Redner rufe ich den fraktionslosen Abgeordneten Mario Mieruch auf.

Mario Mieruch (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Es wäre super, wenn alle Unternehmer die Sicherheit hätten, über viele Jahre hinweg verlässlich planen zu können, und es wäre genauso super, wenn wir auch jedem Arbeitnehmer eine entsprechende Planungssicherheit angeidehen lassen könnten. Leider leben wir aber nicht in der Planwirtschaft.

(Zuruf von der AfD: Leider? – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Wir müssen uns auf die sich wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes im Rahmen der Globalisierung ein-

stellen. Die Flexibilität ist angesprochen worden. Ich will aber nicht all das wiederholen, was in dieser doch schon fortgeschrittenen Debatte alles erwähnt wurde. (C)

Was wird passieren, wenn wir die sachgrundlose Befristung einfach abschaffen? Ein paar Beispiele sind schon genannt worden: Es wird mehr Zeitarbeitsverträge geben. Die Produktion wird ins Ausland verlagert. Es wird vielleicht auch mehr Scheinselbstständige geben, um diese Risiken abzufedern. All das müssen wir berücksichtigen, wenn wir die Befristungsthematik behandeln wollen. Natürlich müssen wir vernünftige Regelungen schaffen, die Missbrauch verhindern und ihn auch wirkungsvoll sanktionieren.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie sehen die aus?)

Was in der gesamten Debatte bisher komplett gefehlt hat, womit wir aber nachhaltig etwas verändern können, ist die Qualifikation unserer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Wir müssen die Anforderungen und vor allen Dingen auch die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems wieder erhöhen. Wir müssen unsere Bürger einfach fitter machen, damit sie mit ihren Qualifikationen den sich ändernden Bedingungen im globalen Wettbewerb besser entgegen treten können. Verantwortungsvolle Unternehmer machen das von ganz allein. Sie versuchen, ihre qualifizierten Mitarbeiter möglichst lange zu halten, und lagern nicht einfach alles in Billigjobs aus. Auf diese Weise haben wir eine echte Chance, das Problem an der Wurzel zu packen und nicht immer nur über Symptome zu reden. (D)

Vielen Dank.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Danke. – Letzter Redner in dieser Debatte ist der Abgeordnete Stephan Stracke, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Grüß Gott, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verabredungen von Union und SPD zum Befristungsrecht gehen dahin, das Befristungsrecht umfassend zu reformieren. Wir sorgen für mehr Rechtssicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die befristet beschäftigt sind, indem wir den Interessenausgleich zwischen dem Flexibilitätsbedürfnis der Arbeitgeber auf der einen Seite und dem Sicherheitsbedürfnis der Arbeitnehmer auf der anderen Seite noch einmal deutlich zugunsten der Arbeitnehmer justieren. Das ist das zentrale Ergebnis unserer Verhandlungen in diesem Bereich, und ich finde das auch gut.

Im Mittelpunkt der Unionspolitik steht dabei nicht die sachgrundlose Befristung. Im Grunde haben wir hier durch die Regelungen in diesem Bereich, zum Beispiel durch die Höchstfristen, ein schon relativ stark reguliertes Instrument. Das, was uns bedrängt, ist doch die Lage derjenigen, die sich von Befristung zu Befristung hangeln, wo über viele Jahre hinweg ein Sachgrund nach dem anderen aneinandergehängt wird. Deshalb haben die

Stephan Stracke

- (A) Betroffenen keine Planungssicherheit, keine verlässliche Perspektive für ihre Lebensplanung,

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber er hangelt sich auch mit sachgrundloser Befristung von einer Stelle zur anderen!)

wenn es beispielsweise darum geht, eine Familie zu gründen, ein Haus zu bauen. Das führt zum Teil auch zu gesundheitlichen Einschränkungen. Genau diese Lebensperspektive geben wir ein Stück weit zurück, indem wir die Kettenbefristungen reformieren. Hier gibt es bislang keine zeitlichen Begrenzungen durch den Gesetzgeber, und das ändern wir. Wir ändern dies, weil die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes zwar feinziseliert ist, aber wenig mit Rechtssicherheit und Rechtsklarheit für den Rechtsanwender zu tun hat. Wir sagen ganz klar: Nach fünf Jahren Befristung ist Schluss.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dann gibt es keine weitere Befristung. Damit sorgen wir für Rechtssicherheit und Rechtsklarheit.

Es ist das zentrale Anliegen der Unionspolitik, hier für mehr Rechtssicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sorgen und gerade ihr Sicherheitsbedürfnis in diesem Bereich zu stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

- (B) Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Selbstverständlich gerne, Herr Präsident. – Frau Müller-Gemmeke, bitte.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das spricht er voller Vorfreude aus!)

– Ja, selbstverständlich.

(Zuruf von der CDU/CSU: Hat sie nicht schon geredet?)

Beate Müller-Gemmeke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ja, ich habe vorhin geredet, aber gerade deswegen habe ich jetzt noch eine Frage.

Es ist gut, dass bei den Kettenbefristungen etwas gemacht wird; das unterstützen wir. Das habe ich vorhin zwar nicht gesagt; aber das sage ich jetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Ja, das ist doch gut. Sehr gut!

Beate Müller-Gemmeke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe vorhin ein Problem bei der sachgrundlosen Befristung geschildert, das ja wohl unsäglich ist. Was

- wollen Sie gegen diese üblen Formen der sachgrundlosen Befristung machen? (C)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Schauen Sie, liebe Frau Kollegin Müller-Gemmeke: Wir erkennen das Flexibilitätsbedürfnis der Unternehmen im Hinblick auf die sachgrundlose Befristung an. Sie ist das einzige Instrument, das in diesem Bereich relativ unbürokratisch ist. Aber wir verändern dieses Instrument auch, indem wir beispielsweise die Höchstfristen senken. Wir verändern auch die Regelungen zu den Verlängerungsmöglichkeiten. Bisher war eine dreimalige Verlängerung in maximal zwei Jahren möglich. In Zukunft wird nur noch eine einmalige Verlängerung möglich sein.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit kann trotzdem der Kündigungsschutz umgangen werden!)

Gleichzeitig führen wir bei der sachgrundlosen Befristung eine Quotierung innerhalb des jeweiligen Unternehmens ein. Dies führt dazu, dass wir einen massiven Eingriff in das Recht der sachgrundlosen Befristung vornehmen, auch zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich finde, es ist in Ordnung, dass wir das tun. Aber wir dürfen das Instrument der sachgrundlosen Befristung nicht einfach streichen, weil es eben auch das Bedürfnis der Arbeitgeberseite nach Flexibilisierung gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie sich das noch mal genau durch! Dann werden Sie merken, dass das nicht hilft!)

Wenn es um das Thema Missbrauch geht, sind wir uns einig. Natürlich wollen auch wir keinen Missbrauch von befristeter Beschäftigung. Deswegen werden wir gemeinsam überlegen, wie wir das insgesamt gestalten können. Ich glaube, die Verabredungen, die Union und SPD im Rahmen der Koalitionsverhandlungen gemeinsam getroffen haben, sind gut und tragfähig, und sie verbessern vor allem die Rechtssicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt einfach nicht!)

Nun wünsche ich uns, dass wir diese gemeinsamen Verabredungen auch umsetzen können.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Damit ist die Aussprache beendet.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/831 mit dem Titel „Sachgrundlose Befristungen verbieten“. Die Fraktion Die Linke wünscht Abstimmung in der Sache. Die Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP wünschen Überweisung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales

(D)